

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Nach der Bundestagswahl

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1972) : Nach der Bundestagswahl, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 12, pp. 620-621

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134474>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

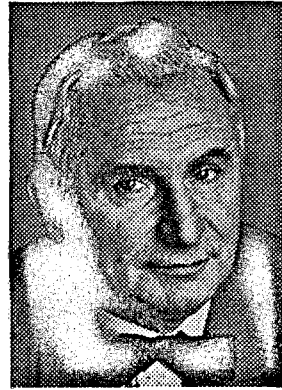
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Nach der Bundestagswahl

Darüber ist kein Streit mehr möglich: Die CDU/CSU hat ihre Niederlage weit mehr Axel Springer und Franz Joseph Strauß als Rainer Barzel zu verdanken. Selbst langjährigen CDU-Anhängern mußte vieles in Form und Inhalt fragwürdig erscheinen, was sie in „Bild“ und „Welt“ während des Wahlkampfes lesen konnten. Wieviel stärker noch fühlten sich jene irritiert, die, von keiner Partei überzeugt, nach dem kleinsten Übel suchten! Bei ihnen mußten die unsachlichen Diffamierungen Pluspunkte für die Koalitionsparteien erbringen. Und selbst manche alte Damen wurden ihren Christlichen Unionen untreu, weil ihnen Franz Joseph zu laut auf den Tisch geschlagen hatte.

Wie es aber auch um das Versagen der Verlierer bestellt sein mag, der Wahlerfolg bleibt in erster Linie ein persönlicher Sieg des Bundeskanzlers, dem sein Beteiligtsein an unser aller Schicksal glaubwürdiger von den Lippen kam, als es dem Oppositionsführer dank seiner zur Schablone entarteten Distanziertheit möglich war. Doch sollte man aus alledem nicht gleich auf die politische Reife der Wähler schließen. Viele, die heute dies tun, sprachen bei Adenauer-Wahlen von Unreife, als damals eine überwältigendere Mehrheit aus den gleichen Gründen jene Vater-Figur wählte.

Intellektuelle Emanzipatoren sollten darüber nicht selbstgefällig die Nase rümpfen, denn die anderen, die in erster Linie Parteien oder deren extreme Flügel wählten, wie viele wählten davon aus Gewohnheit oder modischem Progressivismus, aus Sentiments oder Ressentiments, aus persönlichem Interesse, aus innerer Unwahrhaftigkeit oder aus mangelnder Zivilcourage, also auch nicht aus echter rationaler Einsicht? Und wie viele wählten wirklich nach bestem Wissen und Gewissen und im vollen Bewußtsein, daß ihre Wahl nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen, deren Vorhandensein zweifelhaft bleiben mußte, die richtige sein konnte? Nein, es steht niemandem zu, sich über diejenigen zu erheben, die eine Einzelpersonlichkeit für zuverlässiger halten als eine Partei und ihre derzeitigen Flügelkämpfe.

Auch aus einem weiteren Grund ist der Wahlausgang nicht als Zeichen für die Reife der deutschen Bundesbürger anzusehen. Denn auch diesmal folgte die Mehrheit wieder genauso der Grundstimmung ihrer Zeit, wie sie es früher bei den Adenauer-Wahlen getan hatte. Damals war man – erfüllt von der Chance, wieder für sich selbst arbeiten und verdienen zu können – allen sozialen Experimenten abgeneigt, die jene Chance vielleicht gefährden konnten. Heute ist man sich des hohen Lebensstandards und der Vollbeschäftigung allzu sicher geworden und hört nur allzu gern von Politikern und Gewerkschaften, daß der Trend der steigenden Einkommen und sinkenden Arbeitszeit so weitergehen kann. So glaubt man sich ohne Skrupel verstärkt dem Kampf um die Macht- und Einkommensverteilung zuzuwenden und einseitig auf diejenigen Reformen drängen zu können, die der eigenen Gruppe zu besonderem Vorteil gereichen. „Gesellschaftspolitik“ und „Mitbestimmung“ sind die dominanten sozialistischen Schlagworte der siebziger Jahre geworden; doch sind sie in unserer saturierten Gesellschaft nur die individualistische Fortsetzung des kapitalistischen „Bereichert euch!“ der fünfziger Jahre.

Der CDU/CSU bläst heute die Zeitströmung mindestens ebenso stark ins Gesicht, wie es der SPD in ihrer Oppositionszeit geschah. Man kann daher alle, auch die Verlierer, zum Ausgang der Wahl nur beglückwünschen. Denn wie hätte eine Regierung Barzel-Strauß eigentlich mit dieser Zeitströmung fertig werden wollen, nachdem sie durch einen ungeschickt geführten Wahlkampf und durch das Festhalten an dem obsolet gewordenen und gesellschafts- und bildungspolitisch lückenhaften Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ allzu sehr in den Geruch gekommen ist, doch nur eine Partei der reichen und rückständigen Leute zu sein? Mit welchem Regierungsprogramm auch immer, sie hätte auf weit mehr Widerstand stoßen müssen, als der „gemeinsamen Sache“, die endlich bei uns zum Zuge kommen muß, guttun konnte: bei den Gewerkschaften, deren Linksunterwanderung wohl kaum noch abzuleugnen ist und die dann unter einer CDU/CSU-Regierung zwangsläufig zur Auflösung der Einheitsgewerkschaften hätte führen müssen; im Hochschulbereich, wo Verteidigung und Ausbau von Privilegien die Gegensätzlichkeiten zwischen den Gruppen vermindern und dadurch die Position der Linken stärken muß; und bei den Massenmedien, wo die „Demokratisierung“ der Redaktionen vorläufig nur den Linksintellektuellen und ihren Mitläufern zugute kommen kann.

Auch Brandt wird es schwer haben, mit dieser Situation fertig zu werden. Weit schwerer noch als Adenauer, will er nicht wie dieser den Fehler machen, sich nur von der Zeitströmung tragen zu lassen. Auch Adenauer war als engagierter Außenpolitiker erfolgreich, versagte aber nicht zuletzt deswegen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Da er hier stärker an seine Gegenwart als an die Zukunft der anderen dachte, hinterließ er weit mehr unerledigte Zukunftsaufgaben und Reformen, als auch eine Wohlstandsgesellschaft ohne sorgfältige Auslese und ohne Bereitschaft aller zu Askese und Verzicht mit Erfolg verspätet in Angriff nehmen kann.

Die vage Reformeuphorie der letzten Jahre hat jedenfalls gezeigt, daß sie die Probleme nur unlösbar macht, wenn unklare, zu viele und sich gegenseitig ausschließende Ziele gleichzeitig angesteuert werden und ausreichende Mittel dafür gar nicht vorhanden sind.

Nur wenn der Bundeskanzler aus solchen Erfahrungen seiner ersten Regierungsperiode die notwendigen Konsequenzen zieht, hat er die Chance, unsere Gesellschaft wieder zu stabilisieren, deren Auflösungserscheinungen er nur zu gern abzuleugnen suchte. Er wird dann deutlich machen müssen, (1) daß es mit Steuererhöhungen und dem Setzen von Schwerpunkten allein nicht getan sein kann, (2) daß die Überflußgesellschaft eine optische Täuschung war, weil sie auf Kosten der Zukunft entwickelt wurde, (3) daß die schleichende Inflation nur abgebaut werden kann, wenn die ständige Überforderung von Staat und Gesellschaft durch Individuen und Gruppen aufhört, (4) daß gerade die utopischen Leitbilder von Bildungs- und Anteilungsgesellschaft diese Überforderung vergrößern und daher den Reformen im Wege stehen, (5) daß alle Reformen auf das menschlich und finanziell Mögliche abgestellt werden müssen, sollen sie nicht zu kostspieligen Fehlreformen führen, (6) daß Mitbestimmung bei alledem nur hilfreich sein kann, wenn sie von allen Beteiligten als Mitverantwortung für die gemeinsame Sache aufgefaßt wird und nicht als Mittel, es sich auf Kosten anderer bequem zu machen, (7) daß systemändernde Maßnahmen nur so weit sinnvoll sein können, als sie die Leistungswilligkeit der Staats- und Wirtschaftsbürger und die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft nicht vermindern, da ohne sie jeder Fortschritt in Frage gestellt sein muß, und (8) daß in Zukunft, um dem Notwendigen Rechnung tragen zu können, klare Verantwortlichkeiten geschaffen werden müssen und unverantwortliches und asoziales Verhalten nicht noch prämiert werden darf.

Dies ist eine große und vielseitige Aufgabe, die viel Autorität und Durchsetzungsvermögen verlangt. Aber wenn überhaupt einer in unserer Bundesrepublik die Chance hat, sie erfolgreich in Angriff zu nehmen, so ist es der Bundeskanzler Willy Brandt, weil er Sozialist ist und deshalb kaum verdächtigt werden kann, reaktionär zu sein, und weil er durch seinen Wahlerfolg über seine Partei hinaus und mit seiner Außenpolitik über seine Nation hinaus Ansehen gewonnen hat. Wir können nur hoffen, daß er sich der existenziellen Bedeutung seiner innenpolitischen Aufgabe bewußt ist und daß er weiß, erst mit der Bewältigung dieser Aufgabe wird auch seine Außenpolitik sich als dauerhafte und umfassende Friedenspolitik erweisen können.